

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausgabe der Sonne und Zeitung mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Zeitung Die Neue Welt: Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Berlin von Bernhard Hartmann, Magdeburg. Weiters: Druck von F. Kaus, Weiters, Magdeburg. Geschäftsstelle: Fabrikstraße 40. Redaktion: Breiteweg 89-90, 8 Treppen. Berlitzpreis 15 Pf.

Pausumerande zahlbar Abonnementpreise: Vierteljahr, null. Bringerlob 2 M., 25 M., monatlich 80 Pf. Ver. Kreisband in Deutschland monatlich 1 Gewicht 170 M., 2 Gewicht 210 M. In der Expedition und den Ausgaben stets gleich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Volksstädten 250 erst. Postgebühr. Einzelne Nummern leichter der Monatszeitung, sowie der Sonntagsblätter Die Neue Welt 10 Pf. Unterrichtsgebühr die häufig gehaltene Beilage 15 Pf. Voll-Beitrag 15 Pf. Vier. 1779

Nr. 258.

Magdeburg, Freitag, den 3. November 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Einige Zahlen.

Dreimal so groß ist die Verstärkung, welche durch den neuen Flottenplan herbeigeführt werden soll, im Verhältnis zu der Verstärkung, welche das geltende Flottengesetz dem Flottenbestande von 1897 zuführen beabsichtigte. Das Flottengesetz beabsichtigte, die Zahl der Linienschiffe von 12 auf 19, also um 7 zu erhöhen. Der neue Plan aber will die Zahl der Linienschiffe von 19 auf 40, also um 21 erhöhen, nämlich um 10 Linienschiffe für ein neues Geschwader der Schlachtflotte, 8 Linienschiffe, welche an Stelle der vorhandenen 8 Küstenpanzer treten sollen, und 3 neue Linienschiffe zur Materialreserve. Das unter den 21 neuen Linienschiffen 8 nur an die Stelle der vorhandenen Küstenpanzer treten sollen, verschlägt sehr wenig, da ein Linienschiff dreimal so groß ist und dreimal so viel kostet wie ein Küstenpanzer.

Das Flottengesetz wollte die Zahl der großen Kreuzer von 10 auf 12, also um 2 erhöhen. Der neue Plan erhöht dieselben von 12 auf 18, also um 6. Das Flottengesetz wollte die Zahl der kleinen Kreuzer von 23 auf 30, also um 7 erhöhen. Der neue Plan erhöht die Zahl der kleinen Kreuzer auf 50, also um 20. Das Flottengesetz beabsichtigte hier nach eine Vermehrung der Linienschiffe und der Kreuzer um 16, der neue Plan sieht eine weitere Erhöhung der Linienschiffe und der Kreuzer um zusammen 47 vor.

\*

Über 3½ Milliarden werden durch den neuen Flottenplan festgelegt, nämlich 1920 Millionen Mark an fortlaufenden und 1650 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben. Der neue Flottenplan verlangt für 17 Jahre, von 1901–1917, 97 Millionen an einmaligen Ausgaben; das macht im Ganzen 1649 Millionen. Das jetzt geltende Flottengesetz legt für den Zeitraum von 6 Jahren an einmaligen Ausgaben nur den Betrag von 409 Millionen Mark fest. Die Bindung des Geldbewilligungsbuches des Reichstages ist also nach dem neuen Plan eine mehr als vierfach so große in Bezug auf die einmaligen Ausgaben.

Von den in Ausschlag gebrachten Summen entfallen mehr als 607 Millionen auf die neuen Schiffe, um welche der Flottenbestand über das Ziel des Flottengesetzes hinaus erhöht werden soll. Denn selbst nach den Kostenanschlägen von 1898, die bereits durch die Wirklichkeit überholt sind, kosten 24 Linienschiffe je 20 Millionen, also 480 Millionen, 6 große Kreuzer à 15 Millionen, gleichsam als ob ein Reichsschahzamt ganz und gar nicht vorhanden wäre.

Was die fortlaufenden Ausgaben anbetrifft, so sieht der neue Plan eine jährliche Steigerung derselben von 1901 ab um 5 Millionen voran. Hierauf müssen, so weit die Freisinnige Zeitung, die fortlaufenden Ausgaben der Marine, welche nach dem Flottengesetz im Jahre 1903 83 Millionen betragen würden, 1917 den Betrag von 153 Millionen erreichen. Zugleich der auf 97 Millionen Mark erhöhten einmaligen Ausgaben ergibt dies einen Flottenetat von 250 Millionen Mark gegen 150 Millionen Mark, welche der Flottenetat 1903 nach dem Flottengesetz erreichen sollte, und 133 Millionen Mark, welche der Marineetat für 1899 aufweist.

\*

Zu angenehmer Überraschung werden jetzt dem Reichstag alljährlich neue große unvorhergesehene Bewilligungen für Heer und Marine angekommen. Im Jahre 1897 überraschte den Reichstag eine Forderung für die Umgestaltung der Feldartillerie, welche im Ganzen 144 Millionen Mark verlangte, darunter Bewilligungen noch über das Jahr 1899 hinaus. Im Jahre 1898 folgte dann die Vorlage des Flottengesetzes, das für 6 Jahre die fortlaufenden Ausgaben des Marineetats um durchschnittlich je 4 900 000 Mark erhöht und an einmaligen Ausgaben für 6 Jahre 409 Millionen beansprucht. Während noch 1898 versichert war, die Steigerung der Militärausgaben werde in dem nächsten Quinquennat nicht erheblich sein, kam dann 1899 eine Vorlage, welche eine Heeresverstärkung um 27 437 Köpfe bis zum Jahre 1902 fordert. Dadurch erhöht sich das Ordinarium des Militäretats um jährlich 27 388 000 Mark. Dazu werden aus Anlaß dieser Heeresverstärkung an einmaligen Ausgaben 132 778 000 Mark verlangt.

\*

In einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es, daß das neue Bauprogramm „sehr wohl ohne neue Steuern durchführbar erscheint.“ Der Offiziosus der Berliner Politischen Nachrichten aber weist auf eine Erhöhung des Getreidezolls von 1903 ab hin, welche mit 60 Millionen Mark sicher nicht zu hoch berechnet ist. Das

heißt also: Der neue Flottenplan soll ausgeführt werden durch Erhöhung des Getreidezolls um etwa 50 Prozent des bisherigen Betrages. Erhöhung des Getreidezolls aber bewirkt eine entsprechende Erhöhung des Getreidepreises für den gesamten Inlandeskonsum und damit weiterhin eine Verstärkung des Protes, welche nur ausgeglichen werden kann durch eine Einschränkung in der Ernährung der minder wohlhabenden Klassen.

In dem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird auch hingewiesen darauf, daß nach den bisherigen Grundsätzen ein sehr erheblicher Teil der Ausgaben der Marine durch Aufleihen gedeckt werden würde. Nach den bisherigen Grundsätzen ist ein solcher Teil der einmaligen Ausgaben aus laufenden Mitteln zu bestreiten, der 5 Prozent des Werts der Flotte entspricht, zuzüglich von ½ der etatmäßigen Auswendungen für die Ausrüstung der neuen Schiffe. Dieser auf die ordentlichen Einnahmen fallende Betrag aber macht schon bisher 27 Millionen Mark aus und muß mit der Erweiterung der Flotte auch rapide steigen.

Was aber die Aufleihen betrifft, so ist schon in dem laufenden Etat von 1899 ein Aufleihbedarf von 104 ¼ Millionen Mark vorgesehen. Die Reichsschuld, welche bei der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers 721 Millionen Mark betrug, hatte Anfang November 1898 bereits den Betrag von 2208 Millionen Mark erreicht. Mit der weiteren Steigerung der Reichsschuld wächst die Zinsenlast des Reiches, ohne daß bisher zur Verminderung der Schuld irgend ein Beitrag aufgewandt werden konnte.

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die neue Niederschlachtenvorlage sei, so wird offiziös geschrieben, inmitten des kommenden Winters im Reichstag mit Bestimmtheit zu erwarten.

Die Desorganisation in Regierungskreisen gegenüber den neuen Flottenplänen erhellt auch daraus, daß jetzt Tag für Tag das Preßbüro des preußischen Staatsministeriums eine Ausgabe der Berliner Korrespondenz veranstaltet zur Bekämpfung der oppositionellen Zeitungen, während doch das preußische Staatsministerium selbst amlich von den neuen Flottenplänen nicht einmal Kenntnis erhalten hat. Und noch mehr! Der Korvettenkapitän, welcher im Reichs-Marineamt die Artikel schreibt, verbreitet sich in der Berliner Korrespondenz nicht blos über maritiemechnische Fragen, sondern auch über Fragen der Wirtschaftspolitik und des Finanzwesens, gleichsam als ob ein Reichsschahzamt ganz und gar nicht vorhanden wäre.

Auf die „Schreckenskammer“ verweisen die Flottenschwärmerei in Bezug auf die Beibringung der schwerwiegenden Gründe für den neuen Flottenplan. Man sieht nämlich alleseitig ein, daß das bis jetzt Verbreachte nicht die Spur von „schwerwiegenden Gründen“ enthält. Schreckenskammer nennt man im Reichstag eine Verhandlung der Budgetkommission mit Abschluß der Deßentlichkeit. Früher kannte man dergleichen überhaupt nicht; neuerlich kommt es fast bei jeder großen Militär- und Marinevorlage vor. Man verschließt der Opposition durch die Teilnahme an solchen geheimen Verhandlungen die Möglichkeit, bemerkt die Freisinnige Zeitung, die darin vorgetragenen Behauptungen zu trittieren. Andererseits verweist man alsdann für die Regierungsvorlagen auf jene geheimen Verhandlungen als angeblich überzeugend. Der offiziöse Hamburger Korrespondent kündigt auch jetzt schon eine solche geheime Verhandlung an, obwohl gar nicht ersichtlich ist, was denn überhaupt für eine Verdopplung der Flotte Geheimes angeführt werden kann. Die heutige Weltlage liegt klar und offen da, und die künftige Weltlage bei der Ausführung des neuen Flottenplans kennt die Regierung selber noch nicht.

Der neue Flottenplan kostet drei bis vier Milliarden. Das ist, meint die Korrespondenz für Centrumsblätter, noch nicht das Schlimmste. „Die neueste Überraschung beleuchtet vielmehr wieder recht scharf die eigenständliche Art und Weise, wie bei uns regiert wird. Und da erhebt sich die bittere Frage, ob es denn so weiter gehen kann. Pläne von Milliarden-Brüderweite, in deren Hintergrund der Konflikt steht, bedürfen doch, ehe sie die Öffentlichkeit aufregen dürfen, der sorgfältigen Prüfung durch die verantwortlichen Mäzener der Krone, die berufenen Führer der Geschäfte des Landes. Aber bis vor wenigen Wochen noch wußten die „maßgebenden“ Herren im Reichs-Marine-Amt nichts von dem Plan der Flottenverdopplung und wollten auch nichts davon wissen. Der Reichskanzler, der berufenen verantwortlichen Leiter der ganzen Reichspolitik, wußte erster nichts. Der Niederschlag ist auf unverantwortliche Einflüsse zurückzuführen. Die teils

von blindeisigen Schwärmern, teils aus schlauberechnenden Geschäftsmännern geleistete Flottenagitierung bestimmt den weiteren Gang der deutschen Politik, der deutschen Geschichte. Wenn nun der von unverantwortlicher Seite angebrachte Plan von der maßgebenden Stelle Berücksichtigung fand, so hätte wenigstens noch eine kritische Nachprüfung und gegebenenfalls eine Verbesserung durch die verantwortlichen Stellen eingeleitet werden sollen, ehe man die öffentliche Meinung in Bewegung setzte. Aber nein: in wenigen Tagen ist die „Information“ der berufenen Staatsmänner abgemacht. Mit Einschluss des Reichskanzlers führen sie sich trock ihrer früheren bindenden Erklärungen. Der Bundestag hätte doch auch einen Ton mitzureden, ehe Deutschland in einen neuen Milliarden- und Konfliktzurs hineinsteuert. Die „verbündeten Regierungen“ aber, die das Reich regieren sollen, stehen vor der vollendeten Thatsache, die der Flottenverein und dessen Hintermänner geschaffen haben. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die plötzlichen Einschläge die nötige Selbstbeschränkung, die nötige Rücksicht auf die rauhe Wirklichkeit, auf die Kräfte des Landes und die Stimmung des Volkes vermissen lassen. Kanal Kampf, Kampf um die Bucht-Hausvorlage, Kampf um die Niederschlachten, ist das nicht zu viel auf einmal? Muß nicht die Häufung den Untersuchungen der einzelnen schaden? Unsere Lage kennzeichnet sich so: Die Reichslokomotive fährt unter überholttem Kessel, die Bremsen sind gebrochen und den Weichenstellern sind die Hände gebunden.

Die verantwortlichen Minister wollen oder können nicht bremsen; der Bundestag läßt die Dinge gehen, weil sich keine Regierung die Hände verbrennen möchte. Wer ein warnendes Wort spricht, riskiert seine Stellung. So kommt das plötzliche und übermäßige strack an den Reichstag, wie eine Lokomotive auf den Preßbock. Der Konflikt ist dann da. Ist das Ende desselben erwogen worden? Der Reichstag hat bisher die Eigentümlichkeiten unserer jetzigen Verhältnisse durch Nachgiebigkeit zu mildern gesucht. Es hat nichts gefruchtet, sondern vielmehr die Lage nur verschärft. Wenn nun der Reichstag sich der Taktik der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus anschließt und sich auf scharfen Widerstand, auf eine entscheidende Kraftprobe verlegt, was wird dann werden? —

Der bayerische Landtag hat einstimmig die Bucht-Hausvorlage genehmigt. Nun glaubt die Freisinnige Zeitung nicht mehr, daß der Entwurf noch zu retten sei; völlig hoffnungslos gesteht sie:

Wohl erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die viel angestrebte Vorlage doch noch mit Hilfe der Nationalliberalen und des Centrums, die besondere Nutzen angekündigt haben, in eine Kommission gelangt; allein die sozialdemokratische Union im bayerischen Landtag, die von den dortigen liberalen und Centrumsfraktionen mit einer gewissen Mute der Entzugsunterstützung worden ist, hat die Mitglieder der entsprechenden Fraktionen im Reichstage doch in wesentlichen Punkten derart festgelegt, daß vor der Hand nicht zu erkennen ist, wie man zu einem für die Regierung akzeptablen positiven Ergebnis gelangen könnte.

Das Centrum hat allerdings die Vorgänge im Münchener Landtag zu beachten. Aber nicht nur die, überall treten die katholischen Arbeiter zusammen und fordern die Ablehnung des Gesetzes. So hat eine vom Verein „Arbeiterschutz“ in Berlin einberufene Versammlung nach der Märkischen Volkszeitung einstimmige folgend Resolution angenommen:

Die im Leo-Hospiz verammelten christlichen Arbeiter protestieren auf das allerentschiedenste gegen die Regierungsvorlage zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, weil dieselbe Hass und Erbitterung nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch unter den Arbeitern selbst erzeugen würde. Noch mehr aber in der Erkenntnis, daß diese Vorlage, wenn geworden, ein Ausnahmegesetz gegen die am ihre Eigentum erlangende Arbeiterschaft darstellen würde, welches die dem Volke in § 152 der deutschen Gewerbeordnung verliehenen Rechte der Vereinigungen zum Zwecke der Erringung besserer Arbeitsbedingungen unwirksam macht. In dieser Überzeugung erwartet die Versammlung von den Vertretern des deutschen Volkes im Reichstage die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs, fordert vielmehr die volle, uneingeschrankte Koalitionsfreiheit und somit die Rücknahme der dazu notwendigen Voraussetzungen, wie Vereins-, Verbindung-, und Preßfreiheit.

Nichts desto weniger gibt es noch zahlreiche Centrumsabgeordnete, die die Bucht-Hausvorlage sympathisch gegenüberstehen. Wenn ihre Reihen sich lichten, so ist das nur der Agitation der Arbeiterklasse zu danken, die nicht ruhen und rasten darf, bis der Gesetzentwurf zerrissen im Papierkorb des Reichstags liegt. —

Bei der Umarbeitung, der die Bucht-Hausvorlage gegenwärtig von der Vier-Minister-Kommission unterzogen wird, handelt es sich nach dem Berliner Lokalanzeiger um eine Ausdehnung der Vorlage auf den Ausbau von Schiffahrtsstraßen im Osten: Masurischer Kanal, Berlin-Stettiner Kanal. Oder Regulierung oder Kanalisierung, für welche die Vorarbeiten bis auf geringfügige Abschlußarbeiten im Felde und Büroarbeiten seit Jahr und Tag fertig vorliegen. Damit







# Beilage zur Volkssstimme.

Nr. 258.

Magdeburg, Freitag, den 3. November 1899.

10. Jahrgang.

## Vom Kriegsschauplatz der Börse.

Wp. Die patriotische Begeisterung der Londoner City schlug in brausenden Hochwellen empor — die Kurie stiegen. Die Goldgruben Transvaals sind in Unhärtigkeit gesetzt, aber den Kassen der großen Londoner Bankhäuser tragen sie gerade jetzt das meiste Geld zu. Wie so das? Auf die Nachricht von den ersten "Siegen" der Engländer hin hat die patriotische Börsenpresse einen Ton angeschlagen, als wenn Chamberlain bereits Transvaal in der Tasche hätte. Nun wusste das große Publikum der Börse — jene, die nie alle werden — nichts gescheideteres zu thun, als Goldminenwerte zu kaufen. Eine Haupts entstand auf dem Goldminenmarkt, wie man sie schon längst nicht gesehen hat. Die Börsenberichte meldeten: "Alle Bedenken wurden beiseite geschoben; es gab nur ein Schlagwort: Transvaal wird brüchig! und das genügte, um die Unternehmungslust in allen Teilen des Reiches aufzustacheln. So geschah es, daß innerhalb weniger Tage alle die Minenverläufe eingeholt und überholt wurden, die vor und mit dem Ausbruch des Krieges allmählich Platz gegriffen hatten."

Die Kursschwünge wurden eingeholt, aber von wem? Nicht von denjenigen, welche sie erfüllt hatten, sondern von der Gegenpartei. Erst suchte das große Publikum die Minenaktien loszuwerden. Das Publikum, das nicht kapitalkräftig genug ist, um eine weitauftreffende Spekulation zu wagen, das zu einem großen Teil aus Industriellen besteht, die mit gelegentlich auf der Börse spielen und besorgt sein müssen, daß ihre sonstigen Unternehmungen in die Brüche gehen, wenn sie auf der Börse reinfallen, dieses Publikum verlor erst seine Minenwerte und brachte dadurch den Kurs zum Sinken. Wer waren damals die Käufer? Die großen Bankhäuser in die nötige Höhe gebracht durch die ausgebauten Siegesnachrichten, bereut das große Publikum eine Verlängerung und eilt, die Altien, die es soeben auf die Börse warf, wieder zu erwerben. Jetzt steigen die Kurse. Und wer sind diesmal die Verkäufer? Die großen Bankhäuser! So haben die Kapitalmagnaten während weniger Tage eine gewaltige Kursschwankung eingefasst.

Das ist Ihre erste Errnte vom Kriegsschauplatz. Aber damit nicht genug! Die jetzige Haussbegeisterung wird von den Bankhäusern benutzt, um eine Auswahlt in ihrem Minenaktienbesitz durchzuführen: sie stossen die schlechte Ware ab und behalten für sich die sicheren Papiere. Ist diese Arbeit durchgeführt, dann muss ihre nächste Hoffnung sein: eine blutige Niederlage der Engländer, die ja inzwischen eingetreten ist. Der dadurch bedingte Kurssurz würde ihnen die Möglichkeit geben, ihre Minen-Börsenfilles sehr vorteilhaft zu tillen. Auch diese Spekulation ist schon zum Teil gelungen. Die Kapitalkolosse der Börse halten also jedesmal ihre sichere Ernte. Warum sollen sie da nicht für den Krieg begeistert sein? —

## Aus der Parteibewegung.

Über Partei-Veranstaltungen, die sich mit dem Parteitag beschäftigten, liegen wieder einige Berichte vor. In Kottbus erklärten sich die Genossen ohne Debatte mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden; in Cottbus, Bockum und Hagen wurden nach kurzer Debatte Zustimmungs-Resolutionen angenommen, in Teltow in Anhalt erhob sich kein Widerstreit und im

Hamburger Wahlkreis wurden in der Debatte nur nebensächliche Einwendungen erhoben, während ein Beschluss nicht gefasst wurde. In Mainz referierte Genosse David über den Parteitag. Er zeigte sich als von dem Gange der Bernstein-Debatte sehr erfreut. Weshalb er für die Bebel'sche Resolution gestimmt habe, erörterte er auch. Der zweite Abstich sei ihm zwar zu eng und einseitig, trotzdem hätte er für den ganzen Abstich gestimmt, auch wenn er ihm noch weniger gefallen hätte, schou darum, weil der Abstich zugleich auch eine vortreffliche Definition unseres wahren und wirklichen Endziels gebe, welche lautet: "Die größtmögliche Wohlsohrt aller!" Diese Feststellung des Endziels mache dem "Ethischen" Bebel alle Ehre. Halte man das im Auge, so erheben alle übrigen "Endziele" nur als Mittel zum Zweck, die sich in letzter Linie alle jenem wirklichen Endziel unterordnen haben. Nach einer längeren Diskussion, in der auch Segner Bernstein sprachen, wurde gegen eine Stimme die Resolution angenommen: "Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Thätigkeit ihres Delegierten, Genossen Dr. David, insbesondere in der Bernsteinfrage einverstanden. Sie erkennt den Klassenkampf als notwendig an und hält es für die Pflicht der Arbeiterklasse, zur Erringung des Endziels die gegenwärtigen Verhältnisse möglichst günstig für die Arbeiter zu gestalten, um sie geistig und körperlich auf ein höheres Niveau zu heben."

Ein großes Arbeiterfest ist am vergangenen Sonntag in Gent gefeiert worden; alle Gruppen der belgischen Sozialdemokratie, sowie alle Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine waren durch Deputationen vertreten. Von Brüssel allein brachte ein Sonderzug 700 Personen. Der "Booruit", die bekannte Gentler Genossenschaft, weihete seine neuen Magazine ein. Diese stellen einen impolitischen, palaisartigen Bau dar: in ihm sollen die Lager für Schnittwaren und Konfektion gelegt werden. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Umzug, an dem viele Tausende teilnahmen; in dem neuen Magazin hielt Außeher eine zündende Ansprache und im Festsaal des "Booruit" fand die Feier durch einen Ball ihren Abschluß. —

Soweit bis jetzt Nachrichten über die Resultate der Nationalrats-Wahlen vorliegen, lassen sie erkennen, daß 4 Sozialdemokraten gewählt sind und 3 in die Stichwahl kommen. Gewählt wurden, wie voranzuschauen war, Bullschlegger in Basel mit 1337 (1896: 4635), Triquet in Graubünden mit 6474 (1857), Schwind in Basel mit 3198 und Vogelsanger in Zürich mit 18522 (14000) Stimmen. Dazu ist zu bemerken, daß Vogelsanger auf den Listen aller Parteien stand, Triquet auf den sozialdemokratischen und nationalen, Bullschlegger auf den sozialdemokratischen und konservativen, und daß Schwind von den Arbeitern und Bauer gewählt ist. In die Stichwahl kommen Schweizer in Basel mit 2680 Stimmen mit freisinnigen und konservativen Gegenkandidaten, Dr. Brügelstein oder Marr in Bern mit Dr. Sourbeck und dem konservativen Wyss (Sozialdemokratische Stimmen 2915, 1896: 2379) und Violen in Neuenburg mit 3300 (2096) mit einem Konservativen. In Zürich wurden die übrigen fünf Bürgerlichen mit 11361 bis 12296 Stimmen gewählt, während die übrigen fünf Sozialdemokraten 7673 bis 8767 (3699 bis 6973) Stimmen

erhielten. Weiter erhielten erhebliche Stimmenzahlen Gauque in Lavaudieu 5398 (3200), Fürholz in Solothurn 2487 (1000), Reimann in Biel 3520 (3200) Stimmen usw. Die "nahestehenden" Bürgerlichen, wie Curti, Scherer-Züllemann, Dr. Hofmann, Rundig, Dr. Decurtins ic. wurden wiedergewählt. —

In Warschau ist vom örtlichen jüdischen sozialdemokratischen Komitee eine neue geheime Beitung (in geheimer Druckerei gedruckt) unter dem Titel: "Der Warschauer Arbeiter" erschienen. Demnach erscheinen jetzt vom allgemeinen jüdischen Arbeiterbunde 7 periodische Ausgaben: "Arbeiterstimme" — Centralorgan des Bundes, in Russland gedruckt; "Der jüdische Arbeiter" — wissenschaftliche Revue und Centralorgan der ausländischen Organisation des Bundes; "Der Wecker" — Centralorgan des jüdischen Vorstenarbeiterbundes; "Der Bjalostoker Arbeiter" — Organ des örtlichen Komitees; "Der Warschauer Arbeiter" — Organ des örtlichen Komitees; "Einigkeit" — in Minsk vom örtlichen Komitee; und "Klassenkampf" — Agitationsblatt für die breite Masse. —

## Mißhandlungen in einem Armenhaus.

Einem freudig zu begrüßenden Umstände verdankt der Redakteur des Delmenhorster Volksblatts, unser Parteigenosse Heinrich Paher in Delmenhorst, die Freisprechung von einem Teile der Anklage durch das Reichsgericht. Das Landgericht Oldenburg (Großherzogtum) hat ihn am 3. Dezember 1898 wegen Bekleidigung in sechs Jahren zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einmal in einem Blatte, sodann in einer Volksversammlung die Verhältnisse in der Armen-Arbeitsanstalt in Delmenhorst kritisiert und soll dadurch die in Frage kommenden maßgebenden Personen beleidigt haben, darunter auch den Bürgermeister. Das Gericht hat bezüglich eines nicht unerheblichen Teiles der erhobenen Bekleidigungen vorwürfe den Wahrschreibewerbs als erbracht angesehen. Die Ehrenleute Nesselmann, denen die Leitung jener Klinik oblag, haben sich in der That wiederholt grobe Verfehlungen gegen die Haushaltung zu schulden kommen lassen, mehrfach ihre Disziplinarbefugnis in der abscheulichsten Weise überschritten und Insassen des Arbeitshauses gemisshandelt. Unter anderm haben sie es unternommen, bei zwei jugendlichen Insassen die Krauthheit des Bettwassens dadurch zu be seitigen, daß sie diese Leute gezwungen haben, ihren eigenen mit Salz vermischten Urin zu trinken. Dagegen hat das Gericht angenommen, daß die weitergehenden Behauptungen nicht erweislich wahr seien, daß Paher durch dieselben keine berechtigten Interessen wahrgenommen habe und daß eine Aufrechnung der Bekleidigung des Bürgermeisters gegen die dem Angeklagten vom Bürgermeister zugesetzte Ehrenkränkung deshalb nicht habe statzuden können, weil der Angeklagte mit seiner Erwiderung mehrere Wochen gewartet habe.

Das Urteil war am 3. Dezember 1898 gefällt, und am 10. Dezember hatte der Angeklagte Revision eingereicht. Als dann sechs Monate und drei Tage verflossen waren, nämlich am 13. Juli 1899, verfügte der Vorsitzende der Strafkammer die Zustellung des Urteils an den Angeklagten Paher. Pressdelikte verjährten nur, wie bekannt, in 6 Monaten. Die Verjährung der Straftheiten

## Genilleton.

### Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(132. Fortsetzung)

Lazar schlüpfte ohne Schwierigkeiten in einen Stock, der lang herabreichte, und wurde dann von Sofia und Helene auf die bereitstehende Tragbahre gelegt. Einmal fanden sich die Hände der Freundinnen zusammen zu einem langen innigen Druck.

"Nur keine Abschiede!" rief Ostrowski, der dies bemerkte, "ich bitte Euch."

Aber die beiden wußten sehr wohl, daß kein Augenblick zu verlieren war.

"Lazar ist bereit, Träger herbei!" rief Sofia.

Konrad und Ostrowski traten an.

Sofia setzte den Hut auf und nahm den Reisesack, Helene das übrige Handgepäck.

"Wir brauchen kein Licht, die Nacht ist sternehell," sagte Konrad.

Der Zug setzte sich in Bewegung. Die Frauen gingen voraus, öffneten die Thür und durchschritten den Garten, die Männer folgten langsam mit ihrer Last.

Lautlos, wie Schatten glitten sie dahin, nicht allzuweit belte ein Hund, zornig und laut. Er mochte die Witterung haben, daß etwas Ungewöhnliches vorgehe.

Jetzt hatten sie das Thürchen erreicht. Und wieder traten die Frauen zuerst hinaus und sahen sich um.

Das enge Gläschen, von beiden Seiten von Gartenufern begrenzt, über welche die weithin ausragenden Zweige der Bäume ihre Schatten warfen, erschien so dunkel, daß der Wagen selbst, der an der gegenüber befindlichen Mauer Posto gefahrt hatte, darin verschwand.

"Wo?" flüsterte Sofia.

"Doct." Helene wußt darauf hin.

Jetzt trat ein Mann aus dem Dunkel hervor und ging auf sie zu. Es war der Kutscher, Ein braver Schweizer,

der seinen Weg kannte, und sie bis an den Ort ihrer Bestimmung bringen wollte.

"Schnell", sagte er, "sonst wird uns das Mistvieh noch verraten."

Schon waren die Männer zur Stelle.

Sofia sprang zuerst in den Wagen, einen offenen Landauer, und untersuchte den Zis, der für den Verwundeten hergerichtet war und die horizontale Lage der Beine ermöglichte.

Lazar ward sorgfältig installiert. Der Antiken schwang sich auf den Stock und stellte einen eigenmächtig schmalzenden Laut vornehm, worauf sich die Pferde in Bewegung setzten.

Mit den Händen wünschten die Freunde sich zu . . . einen letzten stummen Gruß.

Ostrowski ging aufwärts. Konrad und Helene schlüpften durch das Thürchen in den Garten zurück.

Sie hielten in der Villa alles in Ordnung zu bringen und abzuschließen.

An die Gartenummauer gelehn, horchten sie noch mit klappendem Herzen auf das Rollen der Räder und den gleichmäßigen Hufschlag der Pferde. In der Stille der Nacht konnten sie das Geräusch lange verfolgen, bis es, immer schwächer werdend, ihren Sinnen entwand.

"Das Schlimmste ist überstanden", sagte Konrad mit einem befriedenden Gesicht, "ich hoffe, sie werden unbehelligt entkommen".

"Ich bin so glücklich", flüsterte Helene und brach in Thränen aus.

"Weine nicht", bat er lächelnd.

"Ich weine nicht — ich bin so glücklich."

Sie schmiegte sich an ihn, der seinen Arm um ihren Leib gelegt, und Schulter an Schulter gingen sie über den Kiesweg, an Sträuchern und Blumen vorbei.

Die Nacht war ruhig und milde, wie eine Sommernacht, die Sterne funkelten am Himmel, und eben quollte die Sichel des abnehmenden Mondes neugierig über den Zürichberg und goß über das blonde weiße Haus einen sanften Schimmer, der hier und da mit den nackenden Schatten abwechselte, den die nahestehenden Bäume darauf warfen.

Langsam gingen sie der Villa entgegen.

Zwischen ihnen war Alles geklärt und ihre Herzen mochten nun fest und sicher ineinander ruhen.

Sie wollten trachten, ihre Zukunft zu einer gesetzlich gütigen zu machen, sollte aber, was dem Gelde so leicht erreichbar ist, für sie, die Unbegüterten, unmöglich sein, so würde dies doch nichts zu ändern vermögen.

Sie gehörten einander an, als zwei gleichstehende, bewußte Wesen die sich in freier Wahl zusammen gefunden hatten. Sie sprachen kein Wort. Jetzt standen sie an der Thür.... Helene wandte den Blick zu ihm empor, weil sie fühlte, daß seine Augen die ihren suchten, schüchtern zwar, aber voll tiefer, treulicher Zärtlichkeit.

Plötzlich lag sie an seinem Halse.

"Wir können ja nichts dafür, Konrad, daß wir uns sehr haben und so lange auf einander warten müssen."

Ihre wunderschönen Augen lachten und leuchteten ihm entgegen, mit dem Ausdruck jenes großen, unbegrenzten, seligen Vertrauens, den das Weib nur dem keuschen Mann als Mitgift bringt.

Sie waren ins Haus getreten . . . der höhersteigende Mond ruhte in hellerem Glanze auf seinen Mauern und lustiger tanzten die Schatten unter dem leisen Winde, der sich erhoben hatte.

Am nächsten Tage verließen Konrad und Helene die Schweiz. Sie begaben sich nach Deutschland.

Dort herrschte noch das Sozialistengesetz in voller Jugendfrische, mit all den liebenswürdigen Ausschreitungen der Flegeljahre.

Aber Konrad wollte dem Wechselbalg kein allzulanges Leben zugestehen.

Die schlimme Zeit müsse eben mit Kraft und Besonnenheit getragen und eine neue vorbereitet werden. Das junge Paar war voll Glauben und Zuversicht und voll Begeisterung für die gute Sache.

Und möge kommen was wolle, riefen sie fröhlichen Mutes mit Hinter aus: "Die Geister sind einmal geweckt und es ist eine Lust zu leben!"

Ende.





